nur einen Zuschuß von 4500 Mk. und die Mülhauser „Volkszeitung" einen Zuschuß von 12 565,50 Mk. im abgelaufenen Berichtsjahr erhalten. Der Betrag von 10 000 Mk., der dem Straßburger Blatt noch als Zuschuß zugeschrieben war, ist ihm zur Abtragung einer alten Schuld als Darlehn gewährt worden. Im übrigen läßt die erfreuliche Entwickelung der Parteipresse erwarten, daß im nächsten Jahre vielleicht einige Blätter aus der Liste der Zuschußbezieher verschwunden oder doch mit erheblich geringeren Beträgen verzeichnet sein werden. Befreien sich noch die Genossen von der irrigen Ansicht, daß in allen den Kreisen, die wir bei der letzten Wahl erobert haben, ein besonderes Parteiblatt erscheinen muß, um den Kreis zu halten, und in den Kreisen, die wir noch nicht erobert haben, gleichfalls ein besonderes Blatt herausgegeben werden muß, um den Kreis zu erobern, und stehen ab von leichtfertigen Blattgründungen, dann haben wir eher mit einer Verminderung als mit einer Erhöhung dieses Ausgabepostens zu rechnen. Das Geld, das für die Presse ausgegeben wird, das wird besser angewandt, um ein lebensfähiges, für ein größeres Gebiet bestimmtes Blatt leistungsfähiger zu machen, als dazu, einem Blatt, für dessen Existenz die Vorbedingungen fehlen, und das deshalb nicht leben, nicht sterben kann, das Weitervegetieren zu ermöglichen.

In bezug auf das Darlehnskonto ist bereits im gedruckten Bericht hervorgehoben, daß die Ausgaben nicht viel höher sind als die Einnahmen. Dadurch ist unseren Gegnern, die gerade an diese Position unseres Kassenabschlusses in den letzten Jahren ihre albernsten Bemerkungen knüpften, das Konzept etwas verdorben. Das Klischee von der großen Pumpkasse paßte diesmal nicht recht. Doch man wußte sich zu helfen. Es wurden einfach die Ausgaben und Einnahmen unseres Darlehnskontos für eine Reihe von Jahren aufgerechnet und aus der Gegenüberstellung, auch in der „Norddeutschen Allgemeinen" der geistreiche Schluß gezogen, daß „nahezu eine Million das Wiederkommen vergaß". Das stimmt nun wieder nicht ganz. Wir haben weitaus über eine Million als Darlehne unseren Zeitungsgeschäften zur Einrichtung und Vergrößerung ihrer Druckereien zur Verfügung gestellt und dieses Geld hat auch nicht das Wiederkommen vergessen; im Gegenteil, es wünscht wohl nichts sehnlicher, als wieder in die Hauptkasse zurückkehren zu können. Die Genossen der Orte, die Darlehne erhalten haben, sind sicher bestrebt, ihre Geschäfte so zu fördern, daß sie bald in der Lage sind, die Darlehne zurückzuzahlen. Wollte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ihren Einfluß dahin geltend machen, daß diese Zeitungsunternehmungen in ihrer Entwicklung nicht gehindert werden, daß insbesondere die Staatsanwälte ihnen die ganz überflüssigen und unproduktiven Ausgaben für Strafen und ähnliche behördliche Aufmerksamkeiten ersparen, dann würde sie sicher bald die Freude erleben, daß die Einnahmen des Darlehnskontos der Parteikasse die Ausgaben ganz erheblich übersteigen. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Doch genug davon. Im allgemeinen ist der veröffentlichte Kassenbericht in der Partei wohl mit Befriedigung aufgenommen; er ist, soweit ich feststellen konnte, weder in der Presse, noch in den Versammlungen kritisiert worden. Weniger sind ja unsere Gegner mit seinem Ergebnis zufrieden. Einig sind sie in dem Neid, mit dem sie auf die erheblichen Geldmittel blicken, die die Arbeiter zur wirksamen Führung ihres politischen Kampfes aufbringen. Hinsichtlich der Beurteilung und der Schlußfolgerungen scheiden sie sich in zwei Gruppen. Die eine, und dazu gehören hauptsächlich die liberalen Parteien, ruft unter Hinweis auf die imposanten Zahlen ihren Anhängern zu: Gehet hin und tuet desgleichen!

Früher gehörte auch das Zentrum zu dieser Gruppe. Das war zu der Zeit, als es noch hinter Kaisergräbern seine reine Seele den roten Teufeln

verkaufte (Heiterkeit.) In der Blockehe mit den ostelbischen Junkern — im klerikalen Jargon nennt man eine Ehe zwischen Katholiken und Protestanten ja wohl Konkubinat — (Heiterkeit) ist diese Partei längst dahin belehrt worden, daß sie ihre folgsamen Schäflein leicht stutzig machen könne, wenn sie ihnen die Sozialdemokraten als Vorbild hinstellt.

Deshalb hat sich das Zentrum nunmehr zu der Gruppe geschlagen, die den Kassenbericht zum Anlaß nimmt, Gift und Galle gegen uns zu verspritzen. Im holden Verein schimpfen die klerikalen und konservativen Blätter auf die Steuerschraube der Sozialdemokratie, die den armen Arbeitern noch das Wenige erpreßt, was ihnen die Raub- und Hungerpolitik der blau-schwarzen Junkerregierung gelassen hat.

Nun, die Parteigenossen werden aus diesem giftigen Geschimpfe ersehen, daß sie auf dem rechten Wege sind. Sie werden sich weder durch das Wutgeheul dieser geschworenen Arbeiterfeinde noch durch das heuchlerische Getue dieser Gegner jeden Fortschritts von dem Boden des Klassenkampfes abdrängen lassen. Nach wie vor werden sie unablässig an dem Ausbau der Organisation arbeiten und ihre Kassen stärken, denn einzig dadurch können sie die so dringend notwendige politische Aufklärungsarbeit wirksamer gestalten und mit Wucht den großen proletarischen Befreiungskampf führen. Dieser Kampf wird und muß allen Widerständen zum Trotz geführt werden, bis der Bann politischer Bevormundung und wirtschaftlicher Ausbeutung gebrochen ist und der kapitalistische Klassenstaat niedergerungen am Boden liegt. Dann erst wird die Bahn frei für die Kulturmission des Sozialismus. (Lebhafter Beifall

Den

Bericht der Kontrollkommission.

Referent Kaden: Die Tätigkeit der Kontrollkommission ist auch im letzten Jahre gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei erfolgt. Sie hat daher den Grundsätzen entsprochen, welche in der Erklärung enthalten sind, die ich im Namen der Kommission auf dem vorigen Parteitag in Jena abgegeben habe. Daraus geht hervor, daß unsere Kommission nicht mitleitend tätig sein konnte, wie dies auch ihrer Natur als kontrollierende Körperschaft entspricht. Dagegen erstreckte sich die Kontrolle selbstverständlich auf die gesamte Tätigkeit des Parteivorstandes. Der sachlichen Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgabe gemäß gab der Parteivorstand bei jeder vierteljährlichen Tagung der Kontrollkommission einen Ueberblick über die wichtigsten Vorgänge und Entscheidungen seiner letzten Tätigkeitsperiode. Daran schloß sich stets eine gemeinsame Aussprache, in welcher die Mitglieder der Kontrollkommission ihre Wünsche und Anregungen äußerten und begründeten. Gegenstand solcher Aussprachen sind zum Beispiel gewesen: die Ausgestaltung des Pressebureaus in Berlin, die Herausgabe der Handbücher zu den Reichstagswahlen und zur Reichsversicherungsordnung, die Veröffentlichung kleiner, billiger Broschüren, die Ergänzung und Erneuerung der Parteiliteratur, insbesondere zur Frage der Weltwirtschaft und des Imperialismus. Die Kontrolle der Verwaltungsgeschäfte der Partei ist immer umfangreicher geworden; es folgt dies aus dem Wachstum der Sozialdemokratie und der Vermehrung der Einrichtungen, die sich unsere Partei schaffen muß. Diesen beiden Umständen entsprechend hat auch Parteivorstand und Kontrollkommission einen weiteren Ausbau der Kassengeschäfte in die Wege geleitet. Außer den Kassengeschäften des Parteivorstandes unterstehen der Kontrolle unserer Körperschaft: der „Vorwärts" (Zeitungsverlag und Buchhandlung), Pressebureau, „Sozialdemokratische Korrespondenz", Archiv, Bildungsausschuß, Parteischule und Frauenbureau; ferner: Verlag und Druckerei (J. H. W. Dietz Nachfolger) in Stuttgart, das Rheinisch-Westfälische Bureau.

Die Geschäfte aller dieser Einrichtungen sind im Laufe des letzten Jahres geprüft worden und gaben keinen Grund zu Beanstandungen. Ueberall sind sie in guter Ordnung befunden worden.

Die Kontrollkommission hatte sich mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand zu beschäftigen. Genosse Louis Trott in Heiger (Westerwald) beklagte sich darüber, daß seinem Antrag zur Einsetzung eines Schiedsgerichts in dem Ausschlußverfahren, den er an den Parteivorstand richtete, von letzterem nicht schnell genug entsprochen worden ist. Es stellte sich aber heraus, daß die Verzögerung deshalb entstanden war, weil von zwei Organisationen je ein solcher Antrag gestellt worden war und deshalb der Parteivorstand mit beiden behufs einer Verständigung verhandeln mußte. Dadurch ging Zeit verloren. Der Parteivorstand wurde um Beschleunigung des Verfahrens ersucht.

Genosse Dickreiter in Altenburg rügte in seiner Beschwerde, daß der Parteivorstand das von diesem Genossen eingesandte Manuskript für eine Broschüre nicht zum Zweck der Veröffentlichung genügend geprüft habe. Der Parteivorstand machte geltend, daß er beim Einlaufen des Manuskripts bereits einen anderen Parteigenossen damit beauftragt hatte, dieselbe Materie zu behandeln. Da der vom Parteivorstand mit jener Arbeit betraute Genosse aber öffentlich um die Zusendung weiteren Materials ersucht hatte, bedauerte die Kontrollkommission die so kurzerhand erfolgte Ablehnung der Dickreiterschen Zusendung durch den Parteivorstand. Sie sprach sodann den Wunsch aus, daß diese Materialsammlung des Genossen Dickreiter bei einer billigen Neuausgabe der fraglichen Schrift berücksichtigt werde. Der Parteivorstand hat darauf das Westfälische Bureau mit einem Auszug aus beiden Sammlungen beauftragt.

Die Kontrollkommission stellt einstimmig den Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen, daß dem Parteivorstand für das vergangene Geschäftsjahr die Entlastung erteilt wird.

Darauf wird die Diskussion über den Bericht des Vorstandes und der Kontrollkommission eröffnet.

Rau-Zittau (zur Geschäftsordnung): Ebert hat mit großer Ausführlichkeit über den Fall Göppingen berichtet. Soweit ich unterrichtet bin, werden die Göppinger Genossen seinen Ausführungen eine große Anzahl von Tatsachen entgegenstellen. Der Parteitag und die Genossen im Lande müssen sich über diese Angelegenheit in hinreichender Weise orientieren können. Das wird erschwert, wenn sich die Entgegnungen der Göppinger auf eine Anzahl von Zehnminutenreden verteilen. Ich beantrage daher, dem Genossen Schepperle-Göppingen unbeschränkte Redezeit zu geben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Rau-Zittau beantragt nun, dem Genossen Schepperle eine Redezeit von einer halben Stunde zu gewähren.

Dieser Antrag wird angenommen.

Vorsitzender Haase: Damit unsere Debatte nicht verzettelt wird, schlage ich vor, gewisse Gruppen von Gegenständen auszusondern und besonders zu debattieren. Und zwar erstens alle Angelegenheiten, die sich auf den Kassenbericht beziehen, alle Vorlagen über Presse und Literatur, drittens alle Anträge, die sich auf die Bekämpfung des Branntweins erstrecken, viertens die Vorschläge über Jugendpflege und Bildungsbestrebungen. Wenn wir jetzt in die Debatte eintreten, würden wir alle übrigen Anträge debattieren, nicht aber diejenigen, die in diese bezeichneten besonderen Gruppen fallen.

Ich stelle die Unterstützungsfrage für die Anträge.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 10, 92, 93, 94, 96, 156, 157, 161, 178.

Der Antrag 81 Kassel wurde zurückgezogen.

Dann wurde in die Debatte eingetreten.

Schepperle-Göppingen: Der Genosse Ebert bemerkte bei der Besprechung der Göppinger Sanierungsangelegenheit, daß das Göppinger Parteiunternehmen in leichtsinniger Weise gegründet worden wäre. Diesen Vorwurf muß ich als hart bezeichnen; ich muß aber zugeben, daß das Unternehmen von uns gegründet wurde, ohne daß genügende Unterlagen dafür vorhanden gewesen sind. (Zurufe: Na also!) Wir hatten 1100 Genossenschaftsmitglieder, meistens Arbeiter, die insgesamt die Summe von 30 000 Mk. zusammengetragen hatten. Die Zeitung hatte 5000 Abonnenten und wurde in der Druckerei der „Schwäbischen Tagwacht" hergestellt. Bei der Herstellung der Zeitung in Stuttgart stellten sich mehrere Schwierigkeiten heraus, die für uns sehr unangenehm waren. Es wurde immer mehr der Wunsch laut, eine eigene Druckerei zu schaffen. Wir glaubten nun, daß wir mit den vorhandenen 30 000 Mark auskommen würden, wenn wir eine energische Agitation zur Gewinnung von Genossenschaftsmitgliedern und Abonnenten entfalten würden. Wir haben uns allerdings getäuscht. Bezüglich der Gewinnung neuer Genossenschaftsmitglieder ging es nicht so vorwärts, wie wir gewünscht hätten. Was nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen ist, daß uns von einer bestimmten Gruppe Parteigenossen von Anfang an Schwierigkeiten bereitet wurden, von Genossen, die mit der taktischen Haltung der Zeitung nicht einverstanden waren, die fortgesetzt gegen uns arbeiteten, und von denen einer sogar so weit gegangen ist, in einem öffentlichen Lokal zu erklären: wir werden nicht ruhen, bis die „Freie Volkszeitung" bankrott gemacht hat. (Hört! hört! und Rufe: Wer war das?) Das war Genosse Huttelmeyer, gegen den übrigens augenblicklich ein Ausschlußverfahren schwebt. Diese gegen uns betriebene Hetze hatte mit zur Folge, daß die Geschäftsleute, die bei Erstellung unseres Unternehmens beteiligt waren, ihre Forderungen bei uns viel früher einreichten, als das sonst der Fall gewesen wäre unter normalen Verhältnissen. Daher sind wir auch viel früher in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil uns der Kredit genommen wurde. Ich will natürlich nicht behaupten, daß, wenn das nicht vorgekommen wäre, wir mit den vorhandenen Mitteln ausgekommen wären. Nachdem wir uns vergeblich bemüht hatten, Geld zu erhalten, waren wir schließlich genötigt, uns an den Parteivorstand zu wenden, so ungern wie wir es auch taten, weil wir tatsächlich bei der Gründung des Unternehmens sowohl vom Landesvorstand als auch vom Parteivorstand gewarnt worden sind. Aber in der Not frißt der Teufel Fliegen. (Große Heiterkeit.) Wir haben uns entschlossen, den Genossen Kinkel zum Parteivorstand zu senden. Genosse Westmeyer sollte ihn begleiten. Bei der Abreise ist es uns etwas leichter geworden, weil wir immerhin noch hofften, daß, wenn auch Kinkel einen energischen Rüffel erhalten würde, er doch nach Göppingen mit einem großen Sack Geld zurückkehren würde, den ihm Westmeyer tragen helfen sollte. Das ist leider nicht eingetreten. Der Parteivorstand hat sich zunächst ablehnend gegen unser Gesuch verhalten. Er hat schließlich erklärt, daß er nach Rücksprache mit dem Landesvorstande, wenn dieser seine Zustimmung zur Sanierung gäbe, bereit wäre, mit uns zu verhandeln. Kinkel und Westmeyer waren natürlich in diesen Tagen nicht sehr erbaut. Es ist ihnen in dieser Zeit in Berlin der Appetit vergangen, so daß sie mit hungrigem Magen zurückgekehrt sind. (Heiterkeit.)

Am 14. April fand in Stuttgart eine Sitzung statt, an welcher Ebert und Braun vom Parteivorstand, die Göppinger Vertreter, die Ulmer Instanzen und